

Wider die Repression

Autor(en): **Raschle, Iwan / Kaufman, Al**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **115 (1989)**

Heft 39

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-616383>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wider die Repression

VON IWAN RASCHLE

Dienstagabend. Im grossen Saal des Restaurant «Löwen» im zürcherischen Herrliberg herrscht Einigkeit. Mit Genugtuung haben die Vertreter der SVP Zürich von ihrem Kameraden in Paris, Botschafter Carlo Jagmetti, vernommen, dass die Initiative für eine Schweiz ohne Armee bei Ausländern auf Unverständnis stösst: «Dass in unserem Land eine solche Tendenz entstehen kann, wird als Signal dafür verstanden, dass die Schweizer Gefahr laufen, sich von gewissen Schalmeien betören zu lassen, den Glauben an sich selbst zu verlieren und ihre traditionelle Position aufzugeben.»

Man müsse die Armee als Delegierte der Gewaltanwendung verstehen. Dann sei das Gebot «Du sollst nicht töten» kein Hindernis mehr, donnert Pfarrer Gerhard Blocher. Worauf keiner der anwesenden Delegierten den brüderlich-blocherschen Voten mehr zu widersprechen wagt: Die Initiative wird einstimmig verworfen.

«Platzspitz» muss geräumt werden

Dann geht Parteipräsident Christoph Blocher zum nächsten Punkt der Traktandenliste über. Das Asylgesetz müsse endlich strikt angewendet werden: «Wenn dies dem Bundesrat nicht gelingt, wird in der Bevölkerung Fremdenhass entstehen.» Und eine solche Entwicklung gelte es zu verhindern. Mit aller Kraft.

Und zum Streitpunkt Drogenpolitik halt es durch den Saal: «Was denken die ausländischen Gäste beim Anblick der grossen Masse verelendeter Drogensüchtiger, die unser malerisches Stadtbild verunstalten?» Die Touristen seien auch hier von der sonst so sauberen Schweiz enttäuscht. So gebe es für dieses Problem nur eine Lösung: «Wir müssen diese Stätte des modernen Siechtums, des Elends und der Kriminalität säubern.» Parteipräsident Blocher rundet die einheitlichen Voten ab: «Der Platzspitz Zürich gehört geräumt und die offene Drogenszene zerschlagen. In geschlossenen Drogenkliniken muss die Suchtfreiheit das Ziel der Drogenpolitik sein.»

Zwei Tage später. In einem Pressebulletin schreibt die SVP: «Wir lehnen dirigistische, das Verhalten normierende Massnahmen,

die wenig wirksam und mit den Grundsätzen eines freiheitlichen Staates nicht vereinbar sind, ab.» Der Drang zur Droge sei «viel zu stark, als dass er mit einer Werbeeinschränkung oder Verteuerung von Suchtmitteln auch nur abgeschwächt werden könnte». Der Griff zur Droge, so heisst es weiter, sei letztlich eine Flucht aus der Realität: Flucht vor Problemen am Arbeitsplatz, in der Familie oder in den persönlichen Verhältnissen, Flucht aus sozialer Isolation. – «Derartigen Problemen ist mit fiskalischen und polizeilichen Massnahmen nicht beizukommen.»

Sanfte Töne

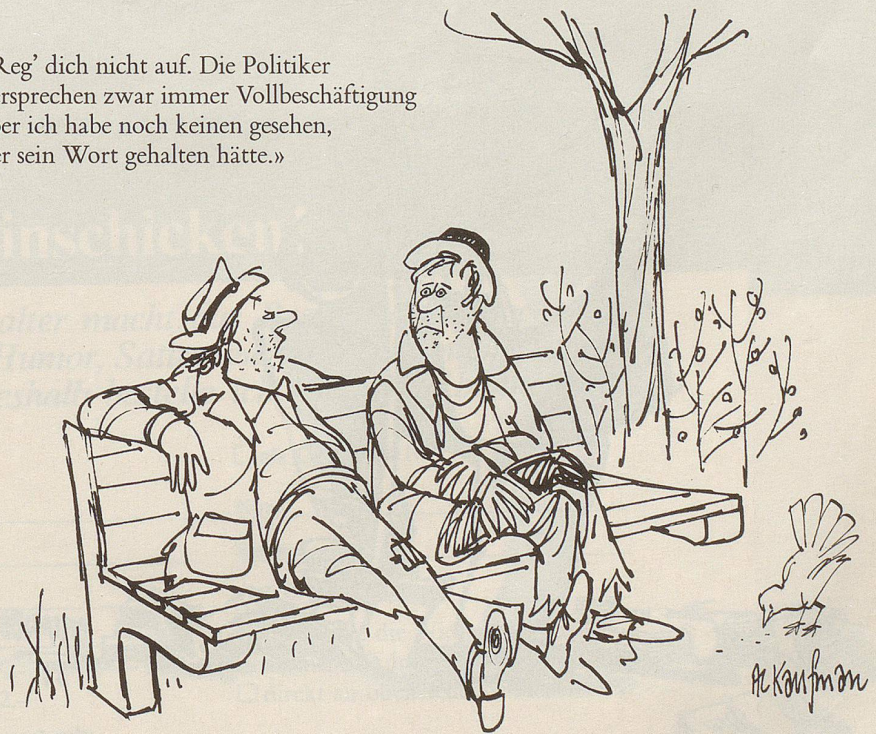
Die eine so harte Drogenpolitik fordernde Partei schlägt plötzlich versöhnlichere, liberalere und ungewöhnlich sanfte Töne an: «Es geht nicht nur um die fehlende Wirksamkeit der Massnahmen, die im übrigen natürlich zwischen dem Konsum als Genuss- und Suchtmittel nicht trennen können. Es geht auch um die dem staatlichen Eingreifen zugrunde liegende Mentalität.» Und diese werde je länger desto unerträglicher: «Die Selbstverantwortung des Menschen zählt immer weniger, der

Staat soll und will offenbar immer mehr dazu beitragen, mit dem Warn- und Drohfinger für das Heil des Menschen zu sorgen, sein Verhalten durch lenkende Eingriffe zu steuern und ihn so von Risiken und Gefahren abzuhalten.»

Schliesslich zieht der Schreiber dieser so bürgerlich-progressiven Zeilen den Schluss, dass nur eine Legalisierung, eine völlige Freigabe der in unserem Land so verbreiteten Suchtmittel zur Lösung dieses Problems beitragen kann. Denn schliesslich «geht unser liberaler Staat von mündigen Bürgerinnen und Bürgern aus». Und letztlich gelte es zu verhindern, dass «durch die zunehmende gesellschaftliche Normierung jene Menschen, die der Norm nicht entsprechen, immer mehr diskriminiert und geächtet werden».

Wie die Voten am Parteitag finden diese wagemutigen Zeilen Beifall bei den SVP-nahen Bürgern. Denn scheinbar widersprechen sie den Blocherschen Forderungen nach einer repressiven Drogenpolitik nicht: Die nachsichtig-einfühlsamen Worte sind an Süchtige einer anderen, legalen Droge gerichtet. Einer Droge, die in der Schweiz nach wie vor am meisten Schaden anrichtet: Alkohol.

«Reg' dich nicht auf. Die Politiker versprechen zwar immer Vollbeschäftigung aber ich habe noch keinen gesehen, der sein Wort gehalten hätte.»



Übrigens muss man nicht alles auf den Kopf stellen, um etwas auf die Beine zu stellen! am